

Pressemitteilung des DGB Bensheim und des Kreisvorstands zur Europawahl

In einer Martin-Buber-Schule NPD wählen? DGB ruft auf zur Europawahl: Einzug brauner Gewalttäter verhindern!

Geschwister Scholl, Alfred Delp, Martin Buber, Anne Frank – eine Reihe von Schulen im Kreis Bergstraße sind nach Persönlichkeiten des Widerstands gegen die NS-Diktatur oder nach engagierten Antifaschisten wie Heinrich Böll benannt. Am 7. Juni sind diese Schulen Wahllokale. „Was würde Sophie Scholl dazu sagen, dass sich dort auf dem langen Wahlzettel auch die neofaschistische NPD zur Wahl stellen darf?“, fragt der Ortsverband Bensheim des Deutschen Gewerkschaftsbundes anlässlich der Wahlen zum Europaparlament.

Der neueste Verfassungsschutzbericht 2008 verzeichnet fast 20 000 Gewalttaten von Neonazis; demzufolge haben rechtsextreme Straftaten um 15,8 Prozent zugenommen. Erst vor kurzem gingen mit Holzlatten, Steinen und Flaschen bewaffnete Neofaschisten auf die 1.Mai-Kundgebung des DGB in Dortmund los. Im Februar wurden Gewerkschaftsmitglieder auf der Rückreise von einer Demonstration gegen den Dresdner Naziaufmarsch von braunen Schlägern auf einem Autobahnrastplatz brutal überfallen, einer der fünf dabei Verletzten musste notoperiert werden.

Den Bus der Neonazis hatte der saarländische Landesverband der NPD mitorganisiert. Ein mutmaßlicher Haupttäter ist Mitglied dieser Partei.

Es ist bekannt, dass auch einige der Bergsträßer Neonazis der NPD angehören. Fünfzehn der insgesamt 41 Täter kommen aus Südhessen, davon drei aus Bensheim, einer aus Heppenheim und einer aus Lampertheim. Dies überrascht wenig, haben doch in Bensheim und Heppenheim wohnende

Neonazis in den letzten Monaten zunehmend häufiger junge Antifaschisten angegriffen.

Der Aktionstag eines breiten Bündnisses gegen diese braunen Umtriebe am 7. März fand großes Interesse und Zustimmung auch bei den Bensheimer Passanten. Viele unterschrieben für ein Verbot der NPD.

Der DGB verweist auf einen Appell der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, der u.a. Widerstandskämpfer und Verfolgte des NS-Regimes in 25 Ländern angehören. Die FIR warnt eindringlich vor einer Zunahme von Nationalismus und Chauvinismus insbesondere auf dem Hintergrund der kapitalistischen Krise. Es wäre „politisch verheerend für alle Menschen in Europa, wenn Rechtspopulisten und Neofaschisten „Mein Land zuerst“ propagieren“ und dafür gewählt würden. Die Präsenz rassistischer und rechtspopulistischer Kräfte im Europäischen Parlament müsse verhindert werden. Der DGB Bensheim schließt sich dem Aufruf der FIR an, nur die Parteien zu wählen, „die sich aktiv für ein demokratisches, soziales und antifaschistisches Europa einsetzen.“

Ein solchermaßen erneuertes, friedliches Europa war einst auch die Forderung der Geschwister Scholl, Martin Bubers und vieler anderer Nazigegner, die später als Vorbilder für junge Menschen zu Namensgebern der Schulen wurden. „Welche Schizophrenie, auf dem Wahlzettel scheinbar seriös die NPD ankreuzen zu können und dabei das Symbol der Weißen Rose vor Augen zu haben!“

Daher erklärt der DGB: „Höchste Zeit, die NPD endlich zu verbieten. Ein soziales, demokratisches und friedliches Europa kann nur ein antifaschistisches Europa sein!“